

Statt einer Einleitung

»Einigkeit und Recht und Freiheit« – ein garstig Lied – Ein Credo

Sie kannten alle nur die Kaiser-Hymne und die ›Wacht am Rhein‹, denn sie hatten sie in der Schule gelernt und noch einmal geübt beim Militär, und die hatten sie Alle, ohne Unterschied, in den vierzehner August-Tagen gebrüllt, und damit hatten sie sich noch zwei, drei Jahre lang benebelt, bis ihnen vor Hunger und Elend das Singen vergangen war.

Richard Lewinsohn

Die Weltbühne, 5. Mai 1921

1934 im Deutschen Reich geboren. Es war kleiner als 1914, aber größer als die vier deutschen Zonen 1945. Gab es je wegen oder trotz geringerer oder größerer Ausdehnung eine deutsche *Einigkeit*? Falls dies bejaht wird: Welche Idee und Wirklichkeit von *Einigkeit* war das und wer hat sie mit welchen Zielen angestrebt? Worin bestand zu welchem Zeitpunkt die *deutsche Frage*? Es ist, bemerkte Rudolf Breitscheid im Mai 1908, »das einige Deutschland ein erweitertes Preußen«. Hundert Jahre später ist »das einige Deutschland« die erweiterte Bundesrepublik, die ihrerseits als das modifizierte und modernisierte Alte erstanden war und seither verblieb und wuchs. Nun ist sie wieder größer als 1949; sie wird zugleich uneiniger, unfriedlicher und bedrohlicher. Ihre Realität, ihre Politik und der in ihr herrschende Geist schreiten darin fort, Lektionen der Geschichte zu verdrängen, umzudeuten oder zu widerrufen. Nicht nur, was ein nach Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft gewichtiger Staat tut, auch was er unterlässt, obgleich es für den Frieden und die Zukunft getan werden müsste, ruft Gefährdungen hervor oder vergrößert sie.

In welchem Geist wurde das *Lied der Deutschen* über Generationen hin-

weg angestimmt und empfunden? Die Verse und ihre volksgemeinschaftliche Ambition setzten stets das in ihnen enthaltene und beabsichtigte Pendant voraus, seitens der *Einigen* andere, auch größere, Gruppen zu demütigen und auszugrenzen. Das galt bereits für den Verfasser des Liedes, ihm selbstredend und zuvörderst gegenüber dem *Judentum*. Seit 1848/49 verstand es sich, darunter vorrangig stets Sozialisten, Kommunisten, Pazifisten, Frei- und Andersdenkende, Juden, Kosmopoliten und *Fremdländische* zu identifizieren, zu entrechten und auszusondern, schließlich auch massenhaft zu liquidieren. Zugestanden, es gab schließlich die Einheit einer hoheitlichen, administrativen, kommunizierenden und territorialen Struktur, auch die der Märkte für Waren, Kapital und Arbeitskraft. Es gab bedeutenden wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Der Preis wurde für Millionen Menschen existenziell erfahrbar, als sie im *Burgfrieden* von 1914 bis 1918 keine Parteien mehr und nur noch »Feinde ringsum!« kennen sollten. An die Resultate jener *Einigkeit* erinnern bis ins kleinste Dorf Gedenksteine für die *Gefallenen*, auch monumentale Gedenkstätten und Friedhöfe im vier Jahre lang mörderisch verwüsteten Frankreich, in Belgien und anderswo.

Neben der von R. Lewinsohn 1921 genannten Kaiserhymne – »Heil Dir im Siegerkranz« – und der »Wacht am Rhein« begann im Herbst 1914 auf Schlachtfeldern die Karriere des *Deutschlandliedes*. Als Ende 1918 kein Siegerkranz zu winden und der Kaiser abhanden gekommen war sowie Frankreich die *Wacht am Rhein* übernommen hatte, wurde es unter wechselnden Herrschaftsformen zur Hymne des Deutschen Reiches: Weimarer Republik, NS-Diktatur, Bundesrepublik Deutschland. »Deutschland, Deutschland, über alles, über alles in der Welt« wurde bereits während der zwanziger Jahre bis in Schulbücher übersetzt in »Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen«. Gesteigert und zwingender hieß das ab 1933 »Führer befehl, wir folgen Dir!« Die Gefolgschaft leisteten Millionen bis zum Mai 1945 mit den bekannten Wirkungen und Hinterlassenschaften. Den in Buchstaben und Ressentiment längst sentimental vom deutschnationalen und völkischen Ressentiment gespeisten, ab 1933 leichter Hand mit der SA-Hymne verbundenen Gesang, konnten faschistische Diktatur, NSDAP, SA, SS, Generalität und ihre Gefolgschaft umstandslos aufnehmen und fortwirken lassen. Ein spätestens seit 1871 gewachsenes, gesellschaftlich hegemoniales Potential mündete, radikalisiert, in die menscheitsfeindliche Gestalt und Aktion des Dritten Reiches. Das vermeintlich *einige* Deutschland war zum Verhängnis von 1933 gewuchert.

Dessen Ungeist und Unförmigkeit lösten sich nicht nach tausend, sondern bereits nach einem Dutzend Jahren infernalisches auf. Die Größe war als Zweck und Wert an sich proklamiert worden und doch binnen weniger Jahre jeweils in ihrer Hohlheit und ihrem Schrecken enthüllt, in ihrer Anmaßung widerlegt. Die deutschnationale Sentimentalität des zwölf Jahre lang als Hymne der Marschkolonnen und *Volksgenossen* gesungenen »Liedes der Deutschen« war – wie 1918 – als Täuschung und Selbsttäuschung erkennbar geworden.

Das arbeitende Volk wurde immer wieder als *deutsches* laut und inbrünstig besungen, damit es die soziale Zerklüftung der Nation, die eigene niedere Platzierung, die Missachtung und die Verwertung für Privilegien, Dividende und Machtpolitik als schicksalhaft hinnehme. Wie erlebte es *Einigkeit und Recht und Freiheit*? Als Hoffnung und Ent-Täuschung, in welcher Art Wirklichkeit? Was waren der schließliche Nutzen und die Bilanz, was der Preis der *Reichseinheit* von 1871, 1914 und 1940? Und welche Ausgrenzungen setzte solcher Art von *einig sein* jeweils unvermeidlich, auch selbstverständlich, voraus – unter Bismarck, Wilhelm II., Hindenburg, Hitler und schließlich auch Adenauer? Was für ein Wert ist heute die *Einheit* der Parallelgesellschaften von Arm und Reich – durch extreme und sich vertiefende Schluchten getrennt, in den jeweiligen Interessen verfeindet sowie schreiendes soziales Unrecht unkenntlich verpackt in das Bruttosozialprodukt und die Statistik der Durchschnitte von Einkommen, Besitz, Erbe, Umsatz, Einfluss und Macht? Offenbar sollen – hier beispielhaft – eine reiche Oberschicht einerseits und die gering verdienenden oder mit Überlebensminimum hingehaltenen, vielfach alleinerziehenden Mütter und Väter andererseits *einig* sein – aber worin? Versteht sich: In der Hinnahme ihres *Schicksals*, möglichst mit *Gottvertrauen* und mit einem Demokratieverständnis, demzufolge ja auch die Millionäre und Milliardäre sowie ihre wohl-dotierten Satrapen als wählende StaatsbürgerInnen nur *eine* Stimme haben, und darin sollen sie kein Problem sehen. Warum sollten sie?

Das *Recht* wird als vermeintlich unabhängig von Macht, Eigentum, Politik und Ideologie beschworen, durchaus gern von jenen, die längst bei solchem Verständnis ungestört über Macht und Eigentum verfügen können sowie in Politik und Ideologie – ob lärmend oder diskret, aber immer rechthaberisch – das Sagen hatten. War und ist das Recht aber nicht abhängig und beeinflusst von gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen und Gegebenheiten, von Traditionen, Hinterlassenschaften verschiedenster

Art sowie historisch gewachsenen und verfestigten Hierarchien, Vermögensverhältnissen und jeweiligen Kräftekonstellationen? Ist es nicht form- und dehnbar, verletzlich, wenn es in Gesetze, Verordnungen, Beschlüsse, Klauseln und Maßnahmen – auch winzige Anmerkungen – überführt sowie von konkreten Gruppen oder Personen in je bestimmten Situationen formuliert, ausgelegt und angewandt wird? Nicht wenige prekär überlebende BürgerInnen erfahren im Ernstfall das Streben, Recht zu erlangen, ordinär als Kostenfrage, gar unerschwinglichen Luxusartikel.

Und wie stand und steht es um die *Freiheit*? Wird darunter in den Interessen und Zielen der Oberschichten einerseits, sowie in den Bedürfnissen und Erwartungen des arbeitenden Volkes, der laut kruder Wortbildung *Unterpri privilegierten*, andererseits, das wesentlich Gleiche verstanden? Ist sie von den profanen Faktoren gesellschaftlicher Wirklichkeit, vom Lebensalltag und realen Chancen unabhängig, wie ihre abgehobene und verabsolutierte, oft wirklichkeitsferne und inhaltsleere Inanspruchnahme vereinnahmend suggeriert? Inwieweit, so darf (und muss) doch spätestens seit 1914 gefragt werden, ist *Freiheit* vom Frieden abhängig? Ist eine dogmatisierte *Freiheit* nicht längst zum glitzernden Sammelbegriff einer Vielzahl von partiellen, untereinander widerstrebenden Freiheiten und Unfreiheiten geworden, die sich in Politik, Wirtschaft und Sozialem, Behörden, Medien, Bildung, Sozial- und Gesundheitswesen, Kunst und Kultur, Kirchen finden? Und waren schließlich – als es im 20. Jahrhundert wirklich auf alles ankam und alles zur Disposition stand – nicht die antimilitaristischen und antifaschistischen die opferreichsten und erinnerungswürdigsten *Freiheits*-Kämpfe der deutschen und europäischen Geschichte? Aber wo befanden sich in Zeiten seiner größten Herausforderung der vielbeschworene *Liberalismus* und seine gewandten Wortführer? Und wo und wie viel bürgerliche *Demokraten*, die diesen Namen verdienen?

»Einigkeit und Recht und Freiheit«: Der überkommene Slogan hat wie »Deutschland, Deutschland über alles« oder »Jedem das Seine« seine eigene Geschichte, seit »für das deutsche Vaterland« die wohlklingenden Worte gebündelt unters Volk geworfen wurden. Heinrich Heine hat ihren realen Kern bereits 1844 benannt. Die Herren der deutschen Dynastien nenne man *Väter*, »und Vaterland benennen wir dasjenige Land, das erbeigentlich gehört den Fürsten«. Es ist eine frühe Erwiderung auf das – wie die seitherige Geschichte bewies – beliebige brauchbare Pathos des Hoffmann von Fallersleben und regt damit fürs Nachdenken noch im 21. Jahrhundert an. Die Triade wurde

wirklich nicht zur Parole für Arbeiter- und Frauenrechte im deutschen Kaiserreich, nicht für die Ideen und Ziele der Kriegsgegner ab 1914 – vielmehr für die brutale und stärkere Gegenseite, nicht für die Gegnerschaft zu untertänigster Fürstenabfindung und menschenverachtender Krisenbewältigung, Demokratieabbau und aufkommendem Faschismus in der »ersten deutschen Demokratie«. Hinter Naziterror und Vernichtungskrieg standen schließlich erneut Heerscharen inbrünstiger SängerInnen jenes Liedes im deutschen Verbrecherstaat.

Es stimmt nachdenklich, in den Erinnerungen von Helmut Kohl, Jahrgang 1930, von einer Wahlversammlung mit dem Spitzenkandidaten der Unionsparteien am 5. August 1949 in Landau zu lesen, diese sei nicht nur für ihn, den Oberprimaner, sondern auch für Adenauer zu einem unvergesslichen Erlebnis geworden, »weil am Ende der zweistündigen Veranstaltung Albert Finck die rund dreitausend Teilnehmer aufrief, erstmals seit dem Krieg wieder das Deutschlandlied zu singen, und zwar die dritte Strophe: ›Einigkeit und Recht und Freiheit‹«. Zwar habe der Vertreter der französischen Besatzungsmacht den Saal unter Protest verlassen, aber begeistert hätten die Menschen die Hymne gesungen. Das fügte sich recht in einen mit der Spitze gegen Sozialdemokraten, Kommunisten sowie weitere Antifaschisten und unabhängige Demokraten geführten Wahlkampf, in dem wahlentscheidend um die Stimmen von Millionen Mitläufern und Tätern der NS-Diktatur, ihrer Angehörigen oder Hinterbliebenen, geworben wurde, ohne ihnen ernstlich etwas an Selbstkritik, Lernbereitschaft und Sühne abzuverlangen.

Es war nicht zufällig, dass bei der Konstituierung der Bundesrepublik im September 1949 die fünf Abgeordneten der Gruppe *Nationale Rechte* im Bundestag (darunter drei mit Dokortitel), also unbelehrbare Nazis, als erste aktiv wurden, das *Lied der Deutschen* wiederum als Hymne des wiederherzustellenden bürgerlichen Staatswesens zu fordern. Die Abneigung war zunächst erheblich, wie exemplarisch die damalige Zurückweisung durch Carlo Schmid, dem führenden Kopf der SPD in Parlamentarischem Rat und erstem Bundestag, erkennen ließ. Bezeichnend, dass bei der neuerlichen Verkündung als Staatshymne 1952 die Verfolgung und Entrechtung von Kommunisten sowie weiterer antifaschistischer und pazifistischer Gruppen und Persönlichkeiten in vollem Gange war. Das sahen ihre meisten SängerInnen – wie in früheren Zeiten und nicht wenige bis heute – nicht als Paradoxie an. Es folgt aus der Überlieferung und ihrem Verständnis der hehren Begriffe. Schließ-

lich handelte es sich nunmehr um Begleitmusik und die pathetische Kehrseite der ab Herbst 1949 rasch folgenden, skrupellosen Schritte von *Schlussstrich*, *Straffreiheit*, *Begnadigungen*, *Amnestien*, *Rehabilitierung* und *Wiedereingliederung* zugunsten nahezu sämtlicher Mitläufer und Täter des »Verbrecherstaates« (Karl Jaspers) auf ihrem behüteten Weg in die *freiheitlich-demokratische Grundordnung*, wobei eine antikommunistische Grundhaltung als Ablass und Eintrittsbillett – nicht zuletzt für die in mittlere und obere Etagen führenden Karrieren – genügte.

Bundespräsident Theodor Heuss hatte in einem Schreiben an Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 19. Juni 1951 geäußert, »einigermaßen betroffen« gewesen zu sein, dass dieser für sportliche Begegnungen und Ereignisse die 3. Strophe des Deutschlandliedes empfohlen hatte. Den Vers gäbe es »als melodische Figur gar nicht«. »Es gibt eben nur die eine Melodie, die notwendigerweise die traditionellen Wortassoziationen weckt, von denen ich bei allem Respekt vor der Geschichte die Deutschen wegbringen möchte, um sie an das Pathos der Nüchternheit, das auch seine innere Grösse und Würde haben kann, heranzuführen.« Laut Presseberichten habe der Kanzler geäußert, eine Nationalhymne könne nicht vom Staatsoberhaupt bestimmt werden. Er, Heuss, spreche sein »aufrichtiges Bedauern« über diese öffentliche Stellungnahme aus. Sein Bestreben, mit einer neuen Hymne zu beginnen, »war ja gerade die Einsicht, in der mich manche Vorgänge des letzten Jahres bestärken mussten, diese ganze Geschichte dem historisch bestimmten Ressentiment der verschiedenen Färbungen zu entziehen.« Wie wahr! Jedoch: Heuss hatte die robuste Mentalität und Moral der Restauration einschließlich der »Unfähigkeit zu trauern« offensichtlich verkannt. Jenes gesellschaftliche Projekt war in Deutschland nach 1945 nicht ohne das Andere zu haben. Abneigung und wohlbegründeter Widerspruch erwiesen sich selbst im Fall des Bundespräsidenten im restaurativen Sog und Sound der westzonalen Nachkriegsjahre und frühen Bundesrepublik als nicht kräftig und durchdringend genug.

Die damaligen Erwägungen von Heuss blieben gültig, die Milieus und Ressentiments gediehen weiterhin, und damit bestehen die Anlässe wie Gründe seines damaligen tiefen Unbehagens über 1990 bis ins 21. Jahrhundert fort. Dem *Lied der Deutschen* eignet konstitutiv und alle Zeilen durchdringend eine nationalistische, volksgemeinschaftliche und irrationale, insgesamt rückwärtsgewandte Grundtönung, die bis heute die eigentliche Quelle seiner Virulenz ist. Die grandiose Melodik der Komposition von Joseph Haydn fördert

die Aufnahme und Wirkung. Wann, durch wen und auf welche Weise sollten seit 1949 jene Wurzeln und ihre Triebe überwunden sowie endlich der Vergangenheit überlassen worden sein? Sie wucherten in der Restauration fort, sie leben angepasst und instrumentalisiert, latent und offen, im Wechsel der Zeiten weiter. Überlagert von Glanz und Gloria des Wirtschaftswunders und der Automobile, der D-Mark und der Konsumwelten, der Fußball-Titel und der Export-Rekorde glimmt das völkische Ressentiment und der Ungeist systembedingter Ausgrenzungen, Tabus und Ambitionen fort.

Unter krisenhaften Bedingungen vermag aus allem jederzeit wieder ein Flächenbrand hervorzugehen. Die Liedzeilen werden eben bis heute nicht als Aufruf gegen Nationalismus, Faschismus und Krieg verstanden. Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Frieden fehlen ohnehin. Die nationalistische Grundfärbung ist im Gegenteil offen für das verführerische Werben jeweiliger Wort- und Anführer und passt inzwischen wiederum zu rechtskonservativen Unionsflügeln und einflussreichen Medien, zu Neonazismus, PEGIDA, AfD sowie anderen völkischen und rassistischen Bewegungen, die die deutsche bürgerliche Gesellschaft unter Bedingungen von Krisen und Instabilität erneut als Flanken und Stützen ihrer Selbsterhaltung hervorbringt. Es ist bezeichnend, dass im November 2017 ein MdB der AfD die deutschen Nationalfarben auf neuen Trikots der Fußball-Nationalmannschaft als unzureichend wahrnehmbar empfand. Er fürchte, der nächste Schritt könnte sein, »das Lied der Deutschen endgültig als ›überholt‹ zu erklären«. Die deutsche Rechte mag den Gesang einschließlich seiner Traditionen nicht missen.

Über die »Nationalhymne im Dom« berichtete die Thüringische Landeszeitung am 3. April 2012. Etwa 350 CDU-Mitglieder dieses Bundeslandes hatten auf einer »Pilgerreise« die früher deutschen Städte Königsberg und Danzig besucht. Zu Beginn eines Orgelkonzertes in der *Kirche zur Heiligen Familie* in Kaliningrad »stimmte der Organist überraschend die deutsche Nationalhymne an. Alle erhoben sich und sangen im Königsberger Dom das Lied der Deutschen«. Das sei ein »besonders bewegender Augenblick« gewesen, und nach dem Besuch Danzigs hätten die »CDU-Pilger« tief bewegt die Heimreise angetreten. Welche Nostalgien, Ressentiments und schiefen Geschichtsbilder speisten die Emotionen während dieser Inszenierung im barbarisch verspielten deutschen Osten? Es war wohl doch kein Gedenken an die Tragödien, die Leiden, Opfer und Verluste dank deutscher Besatzungs- und Vernichtungspolitik in jenen Regionen zwischen September 1939 und Frühjahr 1945?

Wem solche Betrachtungen über die geschichtliche, ideell-moralische und emotionale Imprägnierung von Liedern und anderen Kunstwerken überzogen erscheinen, sei daran erinnert, wie abweisend, gar hysterisch, von politischen Kreisen und Medien nach 1990 reagiert wurde, als in einer Komposition einige Takte der von Johannes R. Becher und Hanns Eisler geschaffenen Hymne der DDR erklangen. An anderer Stelle genügte es, zu mäkeln und sich aufzuregen, wenn sie bloß erwähnt wurde. Dabei handelt es sich um eine ideelle und musikalische Manifestation, die dem besten Streben für einen radikalen Neubeginn in Deutschland nach 1945 nicht nur in völlig neuer, sondern auch in künstlerisch gelungener Weise gedanklich und musikalisch Ausdruck verliehen hatte. Wer möchte bestreiten, dass Hymnen wie *Die Internationale* oder die *Marseillaise* ihren Rang und dauernde Geltung aus Ganzheitlichem von Text und Melodie, von Geschichte und Wirkung, Wissen und Gefühl schöpfen? Es blieb der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), dem führenden Blatt der deutschen Rechten, vorbehalten, 2010 bezüglich Frankreichs zu fragen, ob »uns auch dessen blutrünstige Nationalhymne ein Vorbild sein« solle. Blutrünstiger als mit »Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt« konnte, wie die Menschheit längst weiß, nichts sein.

Es sind jene zum Mythos gewordenen Parolen und Gemütsbewegungen, die mich 1944 beim Eintritt in das *Deutsche Jungvolk* empfangen und mir wie Millionen den persönlichen Weg ins Verhängnis eröffnen sollten. Er wurde vor allem durch Kräfte von außen abgebrochen, die mit den deutsch-ehernen Phrasen eben nicht eingeladen waren und die wieder einmal wie 1914 bis 1918 »für das deutsche Vaterland« so lange sowie hemmungs- und gewissenlos wie möglich und buchstäblich bis aufs Blut bekämpft wurden. Das Lied trat östlich der innerdeutschen Staatsgrenze mit guten Gründen für Jahrzehnte in den Hintergrund und war nahezu vergessen, als es einen selbst und viele Zeitgenossen nach 1990 wiederum als geschichtsbelastete und fortlebende sentimentale Verführung – und erneut nicht als Ausdruck widerspruchsvoller gesellschaftlicher Wirklichkeit und zukunftsorientierter Ideen – zu betäuben suchte. Die vaterländische Phrase flatterte erneuter Ausgrenzung und Unterwerfung in den östlichen Provinzen voran; beflissen folgten karrierebewusste Politiker, profitsüchtige Konzerne, Banken, Versicherungen und Supermärkte sowie ehrgeizige, auf lohnende Stellenjagd ausgehende Politiker, Offiziere, Professoren, Journalisten, Beamte, Anwälte, Steuerberater und weitere behände Anhänger der plakativ annoncierten *westlichen* – oder auch: *unseren*

(wessen und welche genau?) – *Werte*. Der Extrakt einer täglich aktualisierten Einstufung der Bilanzen unter dem Kürzel DAX folgte auf den Fuß.

Was verheißt es nunmehr, dass die Schlagworte in überkommener Liedform offenkundig wiederum für einen neuen deutschen Führungsanspruch in Europa, für die Beeinflussung und Ausbeutung anderer Länder sowie die NATO-Bindung als Staatsräson brauchbar erscheinen? Erneut wird dafür geworben, sich der auf solche Wege geführten *Volksgemeinschaft* im Dienste innerer und äußerer Krisenbewältigungen ein- und unterzuordnen, sowie einmal mehr in den verhängnisvollen Kreislauf von Rüstungsproduktion und -export, Aufrüstung, Konfrontationen und militärischen Interventionen einzutreten. Wer Frieden und Abrüstung als vorrangige Voraussetzungen für Menschenwürde, Wohlfahrt und Zukunftschancen aller Völker ansieht, wird wiederum von Politik und Medien mehrheitlich herablassend und hämisch abgetan, schließlich feindselig verortet und behandelt. Das erinnert an den Umgang der Herrschenden mit Pazifismus und Antimilitarismus seit mehr als hundert Jahren, trotz allen Erwartungen und Schwüren von *Friede auf Erden, Die Waffen nieder! Nie wieder Krieg!* bis *Schwerter zu Pflugscharen* und es unterminiert diese auf subtile wie auf brutale Art. Diese Ächtung gilt hierzulande seit 2017 auch für jene Mehrheit der fast zweihundert Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die sich zu einer Initiative für das Verbot und die Abschaffung aller Atomwaffen verbunden haben. Die mehrheitlich mit dieser Forderung übereinstimmende Erwartung des viel berufenen »deutschen Volkes« wird übergangen. Überlieferter deutscher Dünkel, Autoritarismus und Machtstreben gehen in jene des mächtigsten und bedrohlichsten militaristischen Blocks in der Welt von heute ein.

Als Erlebtes in Frieden und Unfrieden ließen sich die Umstände der Lebensjahrzehnte im nationalen und darüber hinausgehenden Horizont umschreiben. Unfrieden: Der Krieg bis Mai 1945, die Jahre der Konfrontation der beiden deutschen Staaten sowie der internationalen Machtzentren und militärischen Großblöcke, flankiert von einer weltweit nahtlosen Aufeinanderfolge von Kolonial- und Befreiungskriegen, Aufrüstung und Interventionen, Besatzungsregimes und Bürgerkriegen, rassistischen und militärfaschistischen Regimes. Der weltgeschichtliche Glücksfall war, dass trotz allem ein Dritter Weltkrieg mit wahrscheinlich unabsehbaren Begleiterscheinungen und Auswirkungen für die Menschheit ausblieb. Persönlich prägend waren für den Autor wie für zahlreiche Zeitgenossen die Erfahrung langjähriger

und alle gesellschaftlichen Gebiete erfassender konstitutiver Feindseligkeit und Subversion der Bundesrepublik gegenüber der DDR und ihren Bündnispartnern. Frieden: Das Erlebnis des Kriegsendes 1945 und der folgenden Jahrzehnte, in denen Europa erneute zwischenstaatliche militärische Konflikte sowie beiden deutschen Staaten der Rückfall in völkerrechtswidrige und menschenfeindliche militärische Interventionen und Besatzungsregimes ein halbes Jahrhundert erspart blieben. Das wurde möglich durch vorwiegend berechenbares Verhalten und Beiträge aller beteiligten Seiten sowie gefestigt und gesichert mit der Entspannungs- und Vertragspolitik in Europa seit Ende der sechziger Jahre.

Die darin eingebettete deutsche Enthaltensamkeit und Friedfertigkeit bezüglich des Umgangs mit anderen Staaten und damit des weitgehenden Ausschlusses von Drohung, Gewalt und – abgesehen von der erwähnten Ausnahme – offener Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder endete unmittelbar nach 1990: Mit der staatlichen Vereinigung entfielen die Vorbehaltsrechte der großen Siegermächte von 1945 einschließlich des Einflusses ihrer Abschreckungs- und Gleichgewichtspolitik. Die nunmehr einseitige und alle gesellschaftlichen Gebiete erfassende Usurpation fast aller Regionen und Kontinente durch die Zentren des Weltkapitalismus schuf Bedingungen, unter denen dessen Grundeigenschaften der Expansion, der Konkurrenz und Rivalität sowie des Dranges nach Inbesitznahme, Vorherrschaft und Ausbeutung wieder ungehemmt hervortraten und weltpolitisch dominierend werden konnten. Die NATO wurde mit ihrer Führungsmacht USA zum Inbegriff dieser Wegweisungen sowie seitheriger vielgestaltiger Einmischungen und Erpressungen, Unterwerfungen und Zerstörungen mit verhängnisvollen Auswirkungen für viele Völker und Dutzende Millionen Menschen.

Bereits 1991 schlug die Bundesrepublik entgegen den Vorstellungen der Vereinten Nationen, Großbritanniens, Frankreichs und anderer Länder, darunter Anfangs sogar die USA, gegenüber Jugoslawien einen Weg ein, der dazu beitrug, erneut in Europa langwierige und opferreiche militärische Konflikte sowie dauerhaft verschärfte politische Spannungen auszulösen. Unfähig und nicht gewillt zu echten friedenspolitischen Alternativen kehrte die Bundesrepublik zu überwunden geglaubten Irrwegen zurück und treibt dem möglichen Desaster von morgen entgegen. In der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts *bewähren* sich Sound und Flair des *Liedes der Deutschen* bei

militärischen Ritualen im Dienst der Beteiligung an Interventionen in mehr als einem Dutzend Ländern. Neuartig daher kommende völkisch-rassistische und gewaltbereit-antisozialistische Bewegungen erlangen Masseneinfluss und fördern gesamtgesellschaftliche Polarisierungen und Konfrontationen. Heranwachsende Generationen sehen sich globalen Gefährdungen verschiedenster Art gegenüber. Das *Deutschlandlied* wird wieder einmal der *rechte* Gesang und einmal mehr berufen sein, in ferne Länder entsandte Bataillone sowie das Hinterland mit falschem Pathos zu betäuben und sie zu veranlassen, fragwürdigen Parolen und Zielen zu folgen.

Die persönliche Erfahrung und Wahrnehmung können nicht schlechthin als gültiges Abbild des gesamtgesellschaftlichen Panoramas gelten oder gar verabsolutiert werden. Wohl aber erweisen sie sich vielfach als deren charakteristische Ausschnitte oder Abdrücke. Manches ist symptomatisch oder tendenziell; anderes wiederum nicht zuverlässig für das Ganze, sondern auch partiell, zufällig und gelegentlich gar einseitig. Es sind Bausteine, die erst zusammengefügt mit vielen anderen ihrer Art und weiteren Quellen fundierte Urteile über zurückgelegte Wege und das Ganze ermöglichen werden.